

# **Die Sicherheitspolitik Europas**

## **- ein historischer Rückblick und die aktuelle Entwicklung -**

**von Jörk Reschke**

*Ein Vortrag vor der Europa-Union  
am 12. Februar 2008 in Bonn*

Sie werden sich fragen was ist *EuroDefense*, als dessen Präsident ich zur heutigen Veranstaltung eingeladen wurde. Wir sind eine NGO, die sich für eine konstruktive Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik engagiert. Wir wurden vor 12 Jahren gegründet und sind heute in 13 EU-Staaten präsent. Die nationalen Assoziationen sind autark, wirken aber zusammen, wenn es um gemeinsame Empfehlungen an die politische Verantwortlichen in Brüssel und in den jeweiligen Ländern geht. Wir veranstalten eigene Kolloquien, beteiligen uns an Veranstaltungen anderer Institutionen als Kooperationspartner, um das Interesse an der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu fördern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Das Schaubild zeigt die 27 Staaten der EU, die mit etwa 350 Millionen Bürgern 20% des gesamten Welthandels betreiben und die 25% des weltweiten Brutto-Inlandprodukts produzieren. Mit diesem Europa wollen wir uns heute beschäftigen.

Wenn man heute über die Sicherheitspolitik Europas spricht, dann wird einem durch die Schlagzeilen in der Presse ein z.T. kompliziertes Bild vermittelt: Berlin-Plus, ESVP, GASP, EUFOR, Head Line Goals, Battle Groups, Aceh Monitoring Mission, asymmetrische Bedrohungen, FRONTEX, EDA.

Dies sind nur wenige Begriffe aus dem Fachjargon der Europäische Sicherheitspolitik. Ich will versuchen, etwas Licht und Verständnis in diesen für uns Europäer und Deutsche so wichtigen Politikbereich zu bringen.

Zum richtigen Verständnis von Sicherheitspolitik ist es jedoch notwendig, diese zunächst in ihrer neuen komplexen Form aufzuschlüsseln. Warum ist Sicherheitspolitik heute umfassender zu betrachten?

Was in Fachkreisen seit vielen Jahren bekannt und anerkannt ist, ist nunmehr seit den dramatischen Anschlägen in New York und Washington am 11. September 2001 auch in das Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit gedrungen, Sicherheitspolitik hat eine neue Dimension erlangt.

Ich möchte Ihnen zunächst sehr komprimiert diese erweiterte Sichtweite von Sicherheitspolitik vermitteln, wie sie sich aus den veränderten strategischen Bedingungen und einem veränderten Risiko- und Bedrohungsspektrum ableitet, und ich möchte ihnen die Instrumente aufzuzeigen, mit denen die neue Sicherheitspolitik operiert oder operieren sollte.

Tragende Elemente der klassischen Sicherheitspolitik waren bis Ende der 80er Jahre die Außen- und Verteidigungspolitik, und dies in dem bewährten Bündnis der NATO. Darin spielte das militärische Gleichgewicht eine herausragende Rolle. Der globale Wandel schuf dann aber rasant besagte neue strategische Rahmenbedingungen, politisch, ökonomisch, ökologisch, technologisch und militärisch. Lassen Sie mich die wesentlichen Veränderungen stichwortartig skizzieren :

- Die einstige Groß- und Weltmacht Sowjetunion ist als strategischer Spieler auf dem globalen Schachbrett verschwunden, es gibt zur Zeit nur noch eine wirkliche Weltmacht, die USA. Dies mag man kritisch sehen, aber es ist ein Faktum, wenngleich Russland seit etwa einem Jahr versucht seine Weltmachtrolle wieder zur Geltung zu bringen.
- Neue souveräne Staaten entstanden in Osteuropa, auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion und entwickeln sich langsam auf dem Balkan.
- Die gewaltigen Militärpotentiale in Ost und West wurden um 30%-50% abgebaut.
- Die Gefahr eines großen Krieges mit strategischen Zielsetzungen hier in Europa ist derzeit nicht gegeben. Diesen erfreulichen Ausblick finden wir in den zahlreichen nationalen und internationalen Grundsatzdokumenten.
- Die weltweite Vernetzung von ökonomischen Aktivitäten hat eine neue Qualität erlangt. Die internationale Verflechtung von Ideen, Gütern, Kapital, Technologie und Dienstleistungen entwickelt eine atemberaubende Dynamik. Dieser Prozess wird heute bekanntermaßen mit dem Begriff "Globalisierung" umschrieben. Ich, meine Damen und Herren, gehöre zu denjenigen, die den Globalisierungsprozess positiv bewerten und seinen Chancen Vorrang vor Risiken gebe. Insofern unterstütze ich die Aussage unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel, als sie anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels in Davos im vergangenen Jahr einerseits Verständnis für die Ängste der Bürger vor der Globalisierung bekundete, dann jedoch hervorhob:

**"Es wäre fatal, wenn wir nicht die Kraft aufbrächten, Herausforderungen als Chance zu begreifen."**

- Eine moderne, sich rasant fortentwickelnde Informationstechnologie umspannt den Globus und beeinflusst durch die Größe "Echtzeit" das politische und ökonomische Handeln rund um die Uhr.

Meine Damen und Herren, damit sind die Begriffe "Informationszeitalter" und "Globalisierung" zu politisch strategischen Größe geworden.

- Regionale Integrationsprozesse, ein hautnahes Beispiel ist für uns natürlich Europa, schaffen neue politische Strukturen, in denen der Einfluss des klassischen Nationalstaates zugunsten multinationaler Organisationen zurückgeht. Diese internationalen Organisationen, aber auch Nicht-Regierungsorganisationen und mächtige Konzerne sowie Großbanken sind zu Machtpotentialen geworden, die bisher der nationalstaatlichen Politik vorbehalten waren.

Dennoch, meine Damen und Herren, behält der Nationalstaat natürlich seine zentrale Rolle als Repräsentant von Werten, nationaler Kultur, rechtsstaatlicher und sozialer Ordnung und als Repräsentant von völkerrechtlichen Vereinbarungen.

Eine "neue Weltordnung" mit immensen Chancen für Wohlstand, Frieden, Gerechtigkeit und einer gedeihlichen internationalen Kooperation steht uns ins Haus, könnte man meinen. Aber dieses Bild trügt; die so häufig beschriebene "Friedensdividende" hat uns auch ein neues, breites Spektrum von Bedrohungen, Risiken und Herausforderung beschert; auch diese möchte ich Ihnen nun sehr komprimiert aufzeigen:

1. Neue Staatenbildungen führten in einigen Regionen zu ethnologischen Auseinandersetzungen bis hin zu Bürgerkriegen (Stichwort: ehemalige Sowjetunion, Balkan).
2. In Gebieten mit labilen staatlichen Strukturen oder unterentwickelter Wirtschaft dominieren soziale Spannungen, Armut und Hunger (Stichwort: Afrika, ganz aktuell Kenia wo sich jetzt Kikuyu und Luos nach der zweifelhaften Präsidentenwahl bitter bekämpfen).
3. Migrationsströme in einigen Teilen der Welt bereiten soziale und ökonomische Probleme größten Ausmaßes (Stichwort: Afrika, ganz aktuell der Sudan).
4. Religiöser Fanatismus, regional wie grenzüberschreitend, äußert sich in Hass und bürgerkriegsähnlichen Zuständen (Stichwort: Irak und der Nahe Osten).
5. Der internationale Terrorismus versetzt die Staatengemeinschaft in Angst und Schrecken. New York und Washington im Herbst 2001 und in Folge der Ihnen bekannten Anschläge rund um den Globus bis hin zu den vereitelten Anschlägen auf Bahnhöfe die Festnahme Verdächtiger im Sauerland bei uns in Deutschland, sind bedrückende Realität.

6. Offene Grenzen und weit verbreitete unzulängliche staatliche Ordnungsmechanismen leisten einer weltweiten organisierten Kriminalität Vorschub; damit eng verbunden ist der globale Drogenhandel ein Problemfeld mit strategischer Dimension geworden.
7. Auch der Raubbau an der Natur durch Abholzung von tropischen Regenwäldern, der unbedachte Umgang mit der Ressource Wasser, die Belastung der Atmosphäre mit gewaltigen Mengen von Kohlendioxyd mit der Folge globaler Klimaveränderung sind nur wenige Beispiele für ökologische Gefahren und Herausforderungen. Die Verleihung des Friedensnobelpreises an den ehemaligen US-Vize Präsidenten Al Gore im vergangenen Jahr zeigt die Bedeutung dieser Herausforderung.
8. Die Ausbreitung von Aids in Afrika bedroht die Existenz ganzer Staaten.
9. Die Proliferation von Massenvernichtungswaffen, nuklear, chemisch und biologisch in Verbindung mit weitreichenden Trägersystemen haben ein sehr brisantes Risikofeld entstehen lassen, insbesondere dann, wenn diese Waffen in den Besitz verantwortungsloser Staaten geraten oder von diesen vertrieben werden (Stichwort: Iran).
10. Aktuell und erst in jüngster Vergangenheit in den Vordergrund gerückt ist die Frage der Energiesicherheit. Über 45% unserer Gasimporte z.B. kommen aus Russland.
11. Meine Damen und Herren nicht zu vergessen die Entwicklung in diesem Russland. Unter Präsident Putin schien sich zwar langsam ein Wandel zum Besseren zu vollziehen, denken Sie nur an seine zuversichtlichen Erklärungen, die er in der jüngsten Vergangenheit, z.B. beim G8-Treffen in St. Petersburg abgab. Dann aber seine Attacken gegen die Staaten des Westens, seine Drohung das Abrüstungsabkommen über konventionelle Streitkräfte auszusetzen, hat Russland am 12. Dezember letzten Jahres vollzogen und die Ankündigung, die Entwicklung neuer Nuklearwaffen voranzutreiben und diese u.U. auch einzusetzen, steht im Raum. Im ökonomischen Bereich machte die russische Regierung Negativschlagzeilen durch die zeitweilige Drosselung der Gaslieferungen in den Westen und dem zeitweiligen Entzug der Überflugrechte für Frachtflugzeuge die Deutsche Luft-hansa. In einem noch brüchigen Staatsgebilde mit einer labilen Rechtsordnung herrschen unverändert Korruption und undurchsichtige Wirtschaftspraktiken. Die EU strebt ein strategisches Kooperationsabkommen mit Russland im ökonomischen Bereich an, auch zur Sicherung der Energieeinfuhr. Polen hat den Abschluss dieses Abkommens bisher verhindert, die neue polnische Regierung lässt berechtigte Hoffnung wachsen, diese Blockade zu beseitigen. Die EU braucht Russland als verlässlichen Partner.

In diesem veränderten Umfeld, meine Damen und Herren, muss die neue Sicherheitspolitik, also auch die Europäische, wirken. Sie verbindet nicht nur die klassische Form der Äußerer Sicherheit mit Innerer Sicherheit, sondern sie verbindet ein breites Spektrum sicherheitsrelevanter Politikbereiche wie Außen- und Innenpolitik, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, Militär- und Umweltpolitik. Dies wird heute vernetzte Sicherheit genannt.

Was passt dies alles zusammen?

Es geht darum, national, wie im Rahmen von Bündnissen oder multinationalen Organisationen Sicherheit durch Stabilität zu gewährleisten und Instabilitäten zu verhindern. Das Kriterium Stabilität ist sozusagen das verbindende Glied zwischen den eben erwähnten relevanten Politikbereichen. Dabei ist der militärische Faktor als Stabilisierungsinstrument nur einer von vielen, wenn auch ein sehr bedeutender. Dies zeigen uns die aktuellen Geschehnisse der letzten Jahre: Der Golf-Krieg 1991, die Krisenregion des Balkan von 1990 bis heute, Afghanistan, der Irak, der Nahe Osten und Afrika.

Das militärische Element bleibt natürlich im Rahmen von Bündnis- und Landesverteidigung von grundsätzlicher Bedeutung; aber heute, meine Damen und Herren, sind Streitkräfte vor allem zur Krisen- und Konfliktprävention und zur Krisenbewältigung gefragt. Das neue Aufgabenspektrum und der aktuelle Transformationsprozess der Bundeswehr sind hierfür sichtbare Beispiele.

Meine Damen und Herren, es kommt also darauf an, immer den sicherheitspolitischen Gesamtzusammenhang zu sehen und entsprechend zu handeln. Hier beginnt aber das Problem. Die aufgezeigten Risikofelder lassen kein in sich geschlossenes Gesamtszenario zu, vergleichbar dem Bedrohungsszenario aus der Zeit der Ost-West-Konfrontation. Dem konnte man damals mit einem klaren militärstrategischen Konzept von Abschreckung und Verteidigung präventiv entgegenwirken. Die heutige Lage erfordert aber ein komplexes Gesamtkonzept, in dem sich sicherheitsrelevante Organisationen und Bereiche wiederfinden, seien sie national oder international, seien sie gouvernemental oder regierungsunabhängig, eine Grand Strategy, wie sie schon Altkanzler Helmut Schmidt forderte. Insofern ist Sicherheitspolitik schwieriger geworden.

Damit bin ich bei den Instrumenten, mit denen die neue Sicherheitspolitik operiert und dies will ich beispielhaft an der "Sicherheitsordnung Europas", dies ist kein offizieller Begriff, erläutern:

Diese Sicherheitsordnung ist ein sehr komplexes Gebilde, bestehend aus einem Geflecht von multinationalen Organisationen. Die globalen Instrumente sind die Vereinten Nationen, der Internationalen Währungsunion IWF, die Welthandelsorganisation WTO und die NATO.

Ja, meine Damen und Herren, die NATO hat sich zu einem globalen Instrument gewandelt und ist nicht mehr auf den alten Bereich "NATO-Area", wie wir ihn aus über 50 Jahren kennen, beschränkt.

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa OSZE, sowie die Europäische Union sind die regionalen Instrumente.

Dieses breite Netzwerk sich z.T. überlagernder Gebilde mit unterschiedlichen Mitgliedschaften der Staaten schafft eine Stabilität besonderer Art, die sich aus der Summe von Kompetenzen, Abhängigkeiten und Verbindlichkeiten ableiten lässt. Dabei eine volle Kohärenz dieser Instrumente zu erwirken, ist eine kaum lösbare Aufgabe.

Meine Damen und Herren, nach dieser Einstimmung wollen wir nun der Frage nachgehen, wie entstand die "Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik", das Kürzel lautet ESVP, und wo befinden wir uns heute?

Wenn ich über ESVP spreche, dann meine ich in erster Linie die mittlere und dritte Säule der "Europäischen Union". Wie Sie wissen, sind in der ersten Säule vertraglich die Bereiche Wirtschaft, Währung, Handel, Zölle und die Agrarpolitik verankert, in der zweiten Säule entwickelt sich die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, das Kürzel lautet GASP, und in der dritten Säule werden die Bereiche Innen- und Rechtspolitik weiter vertieft werden, z.B. die polizeiliche und rechtliche Zusammenarbeit der EU-Staaten.

Das bewährte Instrument traditioneller Sicherheit in Europa war und ist die NATO. Daneben haben die Staaten Westeuropas seit 1954 immer wieder versucht, die Westeuropäische Union, die WEU, als politisches Instrument aufzuwerten, mit einem insgesamt bescheidenem Erfolg. Seit Mitte des Jahres 2001 ist die WEU quasi aufgelöst und ihre Organe bis auf ein Rumpfelement in die EU überführt worden. Aber der WEU-Vertrag ist noch existent und zwar wegen seiner Beistandsklausel. Nun erleben wir mit dem Vertrag von Lissabon den Versuch der EU, sich eine neue Grundlage zu verschaffen. Der Reformvertrag enthält eine klare Beistandsklausel.

Die WEU hat Ende der 80er Jahre einen Prozess der "Revitalisierung" unternommen, mit dem Ziel, in Krisensituationen auch operativ tätig zu werden. Im Zusammenhang mit den Embargomaßnahmen gegen das ehemalige Jugoslawien hat es sogar eine von der WEU geführte Polizeioperation auf der Donau gegeben, und in Folge des Golfkrieges im Jahr 1991 sind Mi-

nenräumoperationen im Persischen Golf auch unter WEU-Ägide durchgeführt worden, sogar mit deutscher Beteiligung. Die WEU schuf sich auch eine Planungszelle und richtete regelmäßige Treffen der Generalstabschefs ein.

Die Westeuropäer hatten neben der WEU bereits 1969 mit der "Europäisch-Politischen Zusammenarbeit", kurz EPZ genannt, damit begonnen, gemeinsame Positionen in der Außenpolitik zu schaffen. Die EPZ wurde dann 1987 vertraglich in der "Einheitlichen Europäischen Akte" verankert. Aber erst mit dem "Vertrag von Maastricht" im Jahre 1992 beschleunigte sich neben der Konkretisierung einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsunion der Prozess, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu schaffen. An deren Ende sollte dann auch eine gemeinsame Verteidigungskomponente stehen.

Ausgehend von dem Vertrag von Maastricht wurde nun Schritt für Schritt über die Verträge von Amsterdam und die EU-Gipfel in Köln, Helsinki und Nizza das Instrument einer ESVP immer konkreter.

Mit der NATO-Ratssitzung im Juni 1996 in Berlin erkannten die USA erstmals das Bemühen der Europäer an, eigene Verantwortung im Bereich Sicherheit zu etablieren, für den Fall, dass die USA oder die NATO sich nicht beteiligen würden. Dies war zunächst ein rein hypothetischer Fall. Es wurde der Begriff einer "Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität" geprägt und die WEU zunächst als Instrument zur Umsetzung genutzt.

Das Aufgabenspektrum der WEU für Krisenoperationen wurde als "Petersberg-Aufgaben" gekennzeichnet, warum? Bereits im August 1992 fand auf dem Petersberg eine WEU-Ratssitzung statt, die ein militärisches Maßnahmen-Paket für folgende Aufgaben definierte:

1. Krisenprävention und Krisenmanagement, d.h. Peace-Keeping inkl. Kampfeinsätze zur Friedenserzwingung.
2. Humanitäre Einsätze und Katastrophenhilfe.
3. Rettungsdienst.

Die Petersberg-Aufgaben sind inzwischen durch die aktuelle Entwicklung um das Feld "Bekämpfung des internationalen Terrorismus" und "Rüstungskontrolle" erweitert worden.

Die Petersberg-Aufgaben wurden zu einem zentralen Element der europäischen Sicherheitspolitik, und das sind sie bis heute. Im Reformvertrag, dem Vertrag von Lissabon, wird dieses Aufgabenpaket natürlich thematisiert, aber nicht mehr expressis verbis als Petersberg-Aufgaben.

Anlässlich des Europäischen Gipfels 1998 in Köln wurde ein wichtiger politischer Schritt vollzogen, die EU etablierte einen Generalsekretär und Hohen Beauftragten für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in Person des damaligen NATO-Generalsekretärs Solana. Die-

se Position hat er bis heute inne. Gleichzeitig wurde der Begriff der "Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität" in "Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik", also in die Ihnen inzwischen geläufige ESVP, umgewandelt. Nach vielen Konferenzen waren sich die Europäer (auch Frankreich) endlich darin einig, dass die ESVP eine Stärkung der europäischen Säule in der NATO darstellt, und man war sich jetzt mit Ausnahme von Frankreich auch darüber einig, dass Europa keine Duplizierung von NATO-Strukturen und Kräften anstrebt.

Für Krisenoperationen der Europäer wird nun vorgesehen, dass NATO-Einrichtungen und Kräfte genutzt werden können, u.U. auch ohne substantielle Beteiligung der USA. Was heißt das? Das Bündnis kann personell und materiell Planungs- und Führungskapazitäten bereitstellen, logistische Einrichtungen, Headquarters (HQ's), Aufklärungsmittel (z.B. AWACS) und der stellvertretende NATO-Oberbefehlshaber Europa, immer ein Europäer, kann aus seinem HQ SHAPE eine europäische Operation leiten. Zu diesem Zweck trägt er einen sogenannten Doppelhut, einmal für NATO- und zum anderen für EU-Operationen.

Aber erst Anfang Dezember 2003, anlässlich des EU-Gipfels in Kopenhagen, einigten sich die EU und die NATO auf ein Nutzungsverfahren, wie ich es einfach nenne, der offizielle Fachbegriff ist " Die Berlin-Plus-Vereinbarung". Dieses Nutzungsverfahren wird inzwischen angewendet.

Über Jahre hatten die Türkei und Griechenland wegen ihrer bekannten Streitigkeiten um Zypern diesen bedeutsamen Schritt durch eine Blockadehaltung im NATO-Rat verhindert und gerieren sich auch heute als Bremser, wenn es um die Anwendung von Berlin-Plus geht. Es lässt hoffen, dass die zurzeit laufenden Konsultationen zwischen dem türkischen und griechischen Premierminister diesen Zwist endgültig beilegen. Es kam also darauf an, ein offizielles Beziehungsgeflecht zwischen der "Europäischen Union" und der "NATO" aufzubauen, welches bis dahin nicht existierte. Dieses Beziehungsgeflecht wird nunmehr immer feiner gestrickt, aber kaum zu glauben, es geht nur sehr zögerlich voran.

Die EU gab sich in der Folgezeit wichtige Handlungsorgane. Es wurde ein "Politisches- und Sicherheitspolitisches Komitee" und ein "Militärstab" geschaffen. Es wurde eine zivil-militärisch besetzte Planungszelle eingerichtet. In der EU gibt es jetzt auch einen Militärausschuss wie bei der NATO, in dem die Generalstabschefs der Mitgliedstaaten zusammenkommen.

Inzwischen haben sich als strategisches Führungsinstrument für EU-Operationen die strategischen HQ's von fünf EU-Staaten etabliert, in Frankreich, Italien, Großbritannien, Griechen-



land und Deutschland. So wurde z.B. EU-Operation im Kongo zur Absicherung der Präsidentenwahlen im vergangenen Jahr aus dem deutschen HQ in Potsdam geleitet.

Nun berät man darüber, ob die EU ein strategisches HQ in Brüssel braucht. Man wird wohl nicht umhin kommen dies ernsthaft ins Kalkül zu ziehen, denn die EU benötigt für ihre Operationen ein strategisches Planungs- und Führungsinstrument.

Meine Damen und Herren, als Fazit zu diesem Teil meiner Ausführungen lässt sich feststellen: Die EU hat sich auf dem Weg zu einer vertieften Integration eine ESVP geschaffen, die in jeder Hinsicht noch NATO-kompatibel ist und hoffentlich auch bleiben wird.

In den vergangenen Jahren hat sich der europäische Prozess sehr dynamisch weiterentwickelt. Die Staats- und Regierungschefs hatten 2004 den "Europäischen Verfassungsvertrag" verabschiedet, in dem die ESVP in einer Fülle von Artikeln (in etwa 40 von insgesamt 200) verankert war. Dieser Verfassungsvertrag scheiterte 2005 an Frankreich und den Niederlanden.

Es kam aber im vergangenen Jahr wieder Licht ins Dunkel, denn es gelang Bundeskanzlerin Merkel während der Deutschen EU-Ratspräsidentschaft das Verfassungsthema unter einer neuen Bezeichnung wieder erfolgreich anzupacken. Die Staats- und Regierungschefs, nun unter der Präsidentschaft von Portugal, konnten im am 14. Dezember 2007 feierlich den Vertrag von Lissabon unterzeichnen. Dieser Reformvertrag ist eine Neuauflage des Verfassungsvertrages mit leichten Modifikationen. Er ist straffer geworden und im Bereich der Sicherheitspolitik sind die Artikel des Verfassungsvertrages weitgehend übernommen worden, so dass für diesen Politikbereich eine neue Grundlage für die Zukunft gelegt wurde. Einige Elemente können wir später in der Diskussion näher betrachten, wenn Sie möchten.

Unabhängig von der EU-Verfassung hat sich die EU zur Umsetzung ihrer Sicherheits- und Verteidigungspolitik eine Sicherheitsstrategie mit dem Titel "A Secure Europe in a Better World" geschaffen. Sie wurde im Dezember 2003 von den Staats- und Regierungschefs gebilligt. Es ist ein sehr gutes Dokument, dessen Lektüre ich Interessierten sehr empfehle. Damit ist politisch ein ganz wesentlicher Schritt getan, um zielgerichtet EU-Missionen zu begründen, zu planen und durchzuführen.

Das Aufgabenspektrum der ESVP zur Sicherstellung von Frieden und Stabilität liegt, wie ich es bereits mehrfach erwähnt habe, schwerpunktmäßig im Bereich von Krisenprävention und Konfliktprävention, Krisenbewältigung und Nation Building.

Die Stärke der ESVP ist ihr ganzheitlicher Ansatz in der Nutzung von zivilem und militärischem Mitteln zum Krisenmanagement, also Nutzung von politischen, wirtschaftlichen, militärischen, polizeilichen und sonstigen Mitteln. Zu Letzterem zählen leistungsfähige Hilfsor-

ganisationen wie das Deutsche Technische Hilfswerk und das weite Feld der Nichtregierungsorganisationen.

Zu diesem ganzheitlichen Ansatz hat die EU-Kommissarin für Außenbeziehungen, Frau Ferrero Waldner, in einem Artikel angemerkt:

**"Es gibt kaum einen anderen politischen Akteur, der ein so vielfältiges außenpolitisches Arsenal besitzt, auch im Wirtschafts-, Finanz-, Energie- und Justizbereich."**

Auch der Vertrag von Lissabon macht an vielen Stellen diesen Verbund von zivilen und militärischen Mitteln deutlich .

Nach diesen historischen und politisch konzeptionellen Darstellungen will ich Ihnen im letzten Abschnitt die konkreten bisherigen Maßnahmen und Operationen der EU darstellen, und die wichtigsten Planungen verdeutlichen.

- Im Jahr 1999 beschlossen die europäischen Regierungschefs in Helsinki die Aufstellung eines europäischen Einsatzverbandes von 60.000 Soldaten mit entsprechendem Gerät. Dazu zählen z.B. auch 100 Kriegsschiffe und 400 Flugzeuge. Diese Streitmacht soll innerhalb von 60 Tagen für einen Einsatz bereit sein und dann für die Dauer eines Jahres eingesetzt werden können. Seit 2003 ist dieser Verband, an dem sich Deutschland mit bis zu 18.000 Soldaten beteiligt, für erste begrenzte Operationen verfügbar. Dieses Projekt wird heute mit dem Fachbegriff "EU-Headline Goals 2010" bezeichnet. Diese Headline Goals sollen die EU bis 2010 in die Lage versetzen, zeitgleich mehrere kleine und mittlere Missionen durchzuführen. Das Ziel ist klar, ob es erreicht wird, müssen wir abwarten.
- In Jahr 2003/2004 wurde zur Stabilisierung des Friedensprozesses in Mazedonien die NATO-Operation "Allied Harmony" durch die EU-Operation "Concordia" abgelöst. Sie wurde vom damaligen stellvertretenden NATO-Oberbefehlshaber, dem deutschen Admiral Feist, befehligt und war die erste EU-Mission auf der Grundlage der "Berlin-Plus-Vereinbarung", d.h. eine rein europäische Militäroperation unter Nutzung von NATO-Mitteln. Dazu zählte das HQ's in Mons mit seinen Führungseinrichtungen und den für die Operation assignierten Kräften. Es waren zwar nur 350 Soldaten im Einsatz, aber es war ein bedeutsamer Anfang, zu dem Admiral Feist damals anmerkte: **"The Berlin-Plus has proven itself as an excellent tool to guide a fruitful cooperation between NATO and the EU and to make the best use of shared resources."**
- In Bosnien-Herzegowina wurde in den gleichen Jahren der Friedensprozess durch Polizeikräfte der EU unterstützt.

- Seit Dezember 2004 ist die NATO –Operation "SFOR" in Bosnien-Herzegowina von der EU-Operation "ALTHEA" mit 7.000 Soldaten, davon etwa 1.000 Deutschen, abgelöst worden. Diese bisher größte EU-Mission wird durch umfangreiche zivile Kräfte der EU unterstützt, wie z.B. Polizei und Verwaltungsexperten. Die militärischen Kräfte werden zur Zeit deutlich reduziert.
- Im Jahr 2003 hat die EU eine vornehmlich von Frankreich geführte Operation im Kongo durchgeführt.
- Im vergangenen Jahr sicherte die EU durch die Operation EUFOR die Wahlen im Kongo ab, eine erfolgreiche Operation mit sehr begrenzter Zielsetzung.
- Im November 2004 beschloss die EU nach einem von Frankreich, Deutschland und Großbritannien entwickelten Konzept, sogenannte "Battle Groups" aufzustellen. Danach wird jeweils für 6 Monate ein etwa 1.500 Mann starke multinationale schnell verlegbare Einsatzverband gebildet. Er ist die innerhalb von zwei Wochen einsatzbereit und kann bis zu 120 tagen operieren. Diese Battle Groups sind seit April letzten Jahres einsatzbereit:
  - » Im 1. Halbjahr 2007 hat Deutschland die Führungsverantwortung einer von GE/NL/Finnland gebildete Battle Group übernommen,
  - » im 2. Halbjahr 2007 bildete die GE/FR Brigade, ergänzt durch Kräfte aus Belgien, Luxemburg und Spanien eine Battle Group.

Deutschland wird sich in diesem Jahr an zwei und 2010 und 2011 an jeweils einer Battle Group beteiligen.

Abhängig von der jeweils aktuellen Situation, die den Einsatz einer Battle Group vorsieht, können auch Einheiten der Marine und Luftwaffe hinzukommen.

- Neben den rein militärischen Kräften will die EU eine Police-Force von bis zu 5.000 Mann aufbauen. Daran wird sich Deutschland mit Angehörigen der Bundespolizei beteiligen. In Afghanistan, wo die NATO die ISAF-Verbände aus 37 Nationen führt, trägt die EU zur Ausbildung der Polizeikräfte bei.

Ende Januar 2008 beschlossen die EU-Außenminister, eine EU-Operation zur Sicherung der Flüchtlingslager im Tschad durchzuführen, die im März operationell sein soll. 3.700 Soldaten, bei denen Frankreich der Haupttruppensteller ist, sind vorgesehen.

Nach der erwarteten Unabhängigkeitserklärung des Kosovo ist die EU bereit, eine ca. 2.000 Personen starke Einheit von Polizisten und Rechtsexperten zur staatlichen Aufbauhilfe zu entsenden.

Neben den operativen Kräften, zivil wie militärisch, sind EU-Agenturen entstanden, die den Bereich der ESVP unterstützen. Ich will nur drei erwähnen:

- 2004 wurde beschlossen eine EU-Verteidigungsagentur einzurichten. Sie ist inzwischen voll arbeitsfähig und hat den Auftrag den materiellen Bedarf an Europäischen Streitkräften zu ermitteln, Rüstungsforschung zu bündeln und möglichst eine gemeinsame Beschaffung zu realisieren. Damit würden die immer enger werden finanziellen Ressourcen der EU-Staaten besser genutzt. Mit Herrn Weiss stellt Deutschland seit einigen Monaten den Präsidenten dieser Agentur.
- Seit vielen Jahren arbeitet EUROPOL. Hier wird die grenzüberschreitende Fahndung der Polizei unterstützt, insbesondere durch Datenaustausch und konzeptionelle Zusammenarbeit der EU-Staaten auf dem Polizeisektor.
- 2004 wurde die Agentur FRONTEX mit Sitz in Warschau gegründet. Sie koordiniert die operative Zusammenarbeit bei der Absicherung der EU-Außengrenzen. Sie unterstützt die Ausbildung nationaler Grenzschutzbeamten und wirkt bei gemeinsamen konzeptionellen Arbeiten mit.

Auch die Rolle Europas im Kampf gegen den Internationalen Terrorismus muss man in diesem Zusammenhang erwähnen. Die Operation "Enduring Freedom" ist zwar eine rein nationale amerikanische Operation, zu der die USA aber leistungsfähige Nationen um bilaterale Hilfe gebeten haben. Die Operation läuft seit Ende 2001, also seit einer Zeit, in der die "Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik" noch nicht ihre heutige Form hatte. Deutschland hat ein Mandat des Bundestages, sich mit bis zu 1.400 Soldaten zu beteiligen. Dieses wurde im November letzten Jahres für ein Jahr verlängert. Das größte Kontingent der deutschen Beteiligung entfällt zur Zeit auf die deutschen Marinekräfte, die seit Januar 2002 am Horn von Afrika operieren.

Die Europäer haben im Kampf gegen den internationalen Terrorismus bisher in der Summe ganz ordentlich reagiert. Viele Nationen stellten zivile und militärische Spezialkräfte zur Verfügung, überall folgten innerstaatliche Überprüfungen und die Suche nach verdächtigen Personen im terroristischen Umfeld. Verdächtige Finanzströme wurden kontrolliert und z.T. eingefroren. Ein europäischer Haftbefehl wurde durch die Innenminister der EU auf den Weg gebracht und die Staatsschutz- und Abwehrdienste verbesserten ihre Zusammenarbeit. Die Festnahme von möglichen Al Qaida Mitgliedern erfolgte in Deutschland und anderen EU-

Staaten. Die grenzüberschreitenden Polizeimaßnahmen zwischen den EU-Staaten, z.T. bereits etabliert, wurden weiter forciert.

Die EU hat einen Koordinator für den Kampf gegen den Terrorismus etabliert. Unter seiner Leitung haben die EU-Innenminister im Jahr 2006 ein Konzept gebilligt, das ein effektiveres Vorgehen gegen den Terrorismus zum Ziel hat. Mit den Elementen Vorbeugung, Schutz, Verfolgung und Reaktion soll dieses Konzept bereits vorhandene Instrumente bündeln.

Die Europäer engagieren sich massiv in der aktuellen UN-Operation UNIFIL zur Stabilisierung des Libanon mit militärischen Kräften und zivilen Maßnahmen; auch dies ist ESVP.

Deutschland hat mit den Admiralen Krause, Bollow und Luther bis jetzt den Verbandführer des Maritimen Einsatzverbandes gestellt. Die meisten Einheiten stellt die deutsche Marine. Also eine Vielfalt von Aktivitäten der Europäer, die die häufig kritischen Kommentare über europäisches Handeln etwas zurechtrücken.

Ich komme zum Schluss meiner Ausführungen.

Die "Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik" ist zwar noch nicht vollkommen, aber sie hat konkrete Konturen angenommen. Bisher fanden 13 von der EU geleiteten Operationen in den Krisenregionen Südosteuropas und in Afrika statt. Darüber hinaus beteiligt sich die EU bei Katastrophen-Einsätzen weltweit und die politische Führung der EU ist volles Mitglied in Verhandlungsdelegationen zur Lösung der Konflikte mit dem Iran, zwischen Israel und Palästina und bei der Lösung des Kosovo-Problems. Die Europäer spielen im gegenwärtigen Kampf gegen den internationalen Terrorismus keine schlechte Rolle und haben eine tragende Funktion in der UN-Operation UNIFIL im Libanon.

Aber, meine Damen und Herren, es wird noch eine Weile dauern, bis Europa in Gestalt der EU als kohärente politische Größe gegenüber neuen Herausforderungen in der Sicherheitspolitik umfassend handlungsfähig sein wird.

Die Nutzung von NATO-Mitteln auf der Grundlage der "Berlin-Plus-Vereinbarung" ist ein effektiver, Ressourcensparender Weg, der seine ersten Bewährungsproben bestanden hat.

Die Sicherheitspolitik Europas kann und darf nicht auf die transatlantische Partnerschaft verzichten, nicht nur in militärischer Hinsicht, sondern auch politisch und ökonomisch.

Es bleibt angesichts der asymmetrischen Bedrohungen eine zwingende Notwendigkeit, den Gesamtansatz von militärischen und nicht-militärischen Mitteln so weit als möglich zu nutzen und weiter auszubauen. Also vernetzte Sicherheit.

Darüber hinaus gibt es politische Einigkeit darüber, dass Innere und Äußere Sicherheit heute nicht mehr zu trennen sind.

Es ist zu hoffen, dass der neue EU-Reformvertrag bis zur Europa-Wahl 2009 in den Parlamenten der 27 Mitgliedstaaten ratifiziert wird; die Sicherheitspolitik hat in diesem Vertrag einen hohen Stellenwert.

Ich hoffe, ich habe ein sehr komplexes Thema einigermaßen verständlich vermitteln können  
Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.